



12.05.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am Dienstag war Europatag! Ein Grund zu feiern, denn die europäische Idee und die damit verbundenen Werte sind das, was unsere offene Gesellschaft ausmacht und ein zentraler Garant für Frieden und Wohlstand. Offene Grenzen, der gemeinsame Binnenmarkt und die Arbeitnehmerfreizügigkeit haben für viele Menschen Orte der Begegnung, neue Freundschaften, Beziehungen und Chancen geschaffen. Durch Interrail oder ERASMUS können gerade junge Menschen durch ganz Europa reisen und viele Erfahrungen für ihre persönliche Zukunft sammeln. **Umso wichtiger ist es, jeden Tag für unsere Werte und für Frieden einzutreten.** Und wir müssen Europa weiterentwickeln und stärken. Das gilt vor allem für eine starke soziale Säule Europas: ein gemeinsamer Binnenmarkt erfordert auch gemeinsame Arbeitnehmerrechte und soziale Standards. Das hat uns vor allem auch das Beispiel der streikenden LKW-Fahrer in Gräfenhausen gezeigt.



Am Mittwoch hat Bundeskanzler Olaf Scholz gemeinsam mit den 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten wichtige Beschlüsse gefasst, um die mit dem Krieg gegen die Ukraine entstandenen Herausforderungen der Versorgung und Integration von Flüchtlingen meistern zu können. Wir lassen als Bund die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der vielen Menschen nicht im Stich - auch wenn die Länder einen anderen Eindruck erwecken wollten. Uns ist bewusst, dass die Situation gerade die Kommunen vor Ort vor große Herausforderungen stellt. Deshalb ist es Zeit, dass alle an einem Strang ziehen. Am Mittwoch wurde beschlossen, dass der Bund seine Mittel auf über 16 Milliarden Euro um eine weitere Milliarde Euro

aufstockt. 2016 lagen diese Mittel noch bei 11,1 Milliarden Euro. Zusätzlich überlassen wir bundeseigene Liegenschaften mietfrei für die Unterbringung Geflüchteter.

Dass mit Boris Rhein in Hessen die Mittel des Bundes für die Unterbringung Geflüchteter nur zu rund 70 Prozent an die Kommunen weitergegeben wurden und er für 2023 sogar nur die Hälfte weitergeben möchte, ist ein Skandal. Die Länder dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen und die Kommunen im Stich lassen. Zumal die Länder inzwischen ein höheres Steueraufkommen haben, als der Bund. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen bewältigen. Deshalb müssen jetzt alle ihren Beitrag dazu leisten. [\(Hierzu hat der SPD-Unterbezirk Lahn-Dill eine Pressemitteilung veröffentlicht.\)](#)

## GEMEINSAME FLÜCHTLINGSPOLITIK VON BUND UND LÄNDERN

**Das haben Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsident:innen gemeinsam beschlossen:**

- Wir sichern ein humanes Asylsystem für alle, die unsere Hilfe brauchen.
- Wir unterstützen die Kommunen finanziell.
- Wir helfen bei der Unterbringung von Geflüchteten.
- Wir beschleunigen die Asylverfahren.
- Wir steuern Migration.

**SPD** Fraktion im Bundestag

Die Union hat jahrelang den Klimaschutz verschlafen und insbesondere in Hessen den Ausbau der erneuerbaren Energien aktiv ausgebremst. Es reicht nicht Jahreszahlen für den Zeitpunkt der Klimaneutralität zu nennen, sondern wir müssen auch den Weg dahin in Angriff nehmen. Und das wird dann konkret.

- [In einer der letzten Ausgaben meines Newsletters habe ich bereits erklärt, was im Gesetzentwurf genau drin steht.](#)
- [Hier noch einmal kompakt eine Darstellung des aktuellen Standes und unserer Position für die weiteren Verhandlungen.](#)

Klar ist: Wenn wir unseren Staat stark und handlungsfähig erhalten wollen, brauchen wir eine Debatte darüber, wie wir die Lasten fair verteilen können. Der Umbau zu einer CO2-neutralen Industrie, der Erhalt unserer Arbeitsplätze in einer industriellen Transformation, Investitionen in Schulen und Digitalisierung, in Betreuung und Weiterbildung, die Reform unserer Gesundheitsversorgung und der Pflege und vieles andere mehr: All das wird uns nur gut gelingen, wenn wir bereit dafür sind mehr Geld zu investieren. Eine Studie belegt, dass die finanziellen Lasten des Krieges und der Inflation vor allem von denjenigen getragen werden, die ein geringes Einkommen haben. [Wir haben in der Parlamentarischen Linken ein Papier verabschiedet, dass unter anderem eine Reform der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für sehr Reiche beinhalten, damit die Lasten gerechter verteilt werden. Wer Interesse daran hat, kann die genauen Ideen hier nachlesen und mir gerne eine Rückmeldung dazu geben.](#) Ich bin überzeugt davon: Gerade jetzt müssen breitere Schultern, wie Einkommen von Abgeordneten und mehr, auch mehr zur solidarischen Finanzierung unseres Staates beitragen.

Wir haben in dieser Woche den Bundeswehreinsatz in Mali letztmalig verlängert. Seit zehn Jahren beteiligen wir uns an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen "MINUSMA", um den Friedensprozess dort zu schützen und die staatlichen Strukturen zu stärken. Leider hat sich die sicherheitspolitische Lage in Mali in den letzten Jahren deutlich verschlechtert, weshalb die Bundesregierung beschlossen hat die Soldatinnen und Soldaten aus Mali schrittweise abzuziehen. Letztmalig wird daher der Einsatz bis Ende Mai 2024 verlängert, damit die Bundeswehr den Friedensprozess bis zur angekündigten Präsidentschaftswahl im Februar 2024 unterstützen kann. Gleichwohl haben Entwicklungsministerin Svenja Schulze und Verteidigungsminister Boris Pistorius nach einem Besuch der Soldatinnen und Soldaten in Mali angekündigt, dass die Sahel-Region weiterhin mit Projekten der Entwicklungshilfe unterstützt wird. Denn: viele junge Menschen schließen sich dort extremistischen Gruppen nur an, weil sie keine Perspektive sehen. Genau hier setzen unsere Projekte an. Ebenfalls in dieser Woche haben wir den Bundeswehreinsatz im Kosovo verlängert. Mit bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten unterstützen wir die kosovarischen Sicherheitskräfte, damit sie für Sicherheit im Kosovo sorgen können.

In der letzten Woche kam die zweite Ausgabe meines Podcasts raus. Zu Gast war Nadine Wengenroth-Hermann vom Verein Auszeit in Herborn. Seit 2011 sorgt der Verein dafür, dass junge Mütter eine Auszeit vom Alltag bekommen können und ihre Kinder zum Beispiel während Terminen bei Behörden versorgt und betreut werden. Manchmal geht es auch einfach darum, ein gutes Gespräch und eine Tasse Kaffee oder Tee genießen zu können. [\(Hier geht es zum Podcast\)](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt